

XXIII. GP.-NR**442 /AB****03. Mai 2007****Die Bundesministerin für europäische
und internationale Angelegenheiten****zu 494 /J**

Dr. Ursula Plassnik

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

30. April 2007

GZ. BMiA-CN.2.13.33/0003-II.10/2007

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Elisabeth Hlavac, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. März 2007 unter der Nr. 494/J-NR/2007 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Tibet gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Tibet wird von Österreich wie von allen EU-Staaten als integraler Teil der VR China betrachtet. Die EU hat sich jedoch wiederholt - sowohl in öffentlichen Erklärungen als auch im Rahmen des EU-China-Menschenrechtsdialogs - für einen wirksamen Dialog der chinesischen Regierung mit dem Dalai Lama bzw. dessen Sondergesandten ausgesprochen. Ebenso wurde China aufgefordert, dem Wunsch des Dalai Lama nach einer Pilgerreise in seine Heimat zuzustimmen.

Auch außerhalb des Menschenrechtsdialoges werden bei politischen Kontakten mit Vertretern der chinesischen Regierung Menschenrechtsfragen und insbesondere auch die Lage in Tibet immer wieder angesprochen. So war dies unter österreichischem EU-Ratsvorsitz im 1. Halbjahr 2006 zum Beispiel anlässlich des Treffens der Troika der EU-Außenminister mit dem chinesischen Außenminister Li Zhaoxing am 3. Februar 2006 in Wien der Fall.

.12

Auch der damalige Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel hat die Achtung der kulturellen und religiösen Rechte des tibetischen Volkes bei seinem Treffen mit dem chinesischen Außenminister am selben Tag eingemahnt.

Der nächste EU-China-Menschenrechtsdialog wird am 14. Mai 2007 in Berlin stattfinden, wobei auch die Behandlung der Rechte der Minderheiten in China, einschließlich Tibet, auf der Tagesordnung stehen. Darüber hinaus werde ich, so wie bisher, die bilateralen Kontakte zur Volksrepublik China nützen, um die chinesische Seite auf die Notwendigkeit eines Dialogs mit dem Dalai Lama hinzuweisen.

Zu Frage 2:

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten sieht wenig konkrete Möglichkeiten für eine Schirmherrschaft der EU oder die Einsetzung eines EU-Sonderbeauftragten für den Dialog zwischen China und dem Dalai Lama, da China die Situation in Tibet als eine innere Angelegenheit betrachtet. Ein derartiger Schritt der EU könnte sogar zu einer Verhärtung der Position Chinas führen.

Österreich und die EU werden sich daher weiterhin bei der chinesischen Regierung dafür einsetzen, einen direkten Dialog mit positiven Ergebnissen und eine Verbesserung der Situation in Tibet zu erreichen.

